

Karlsruher Erklärung zur Verteidigung der Pressefreiheit

Beschlossen vom Gewerkschaftstag des DJV-Landesverbands Baden-Württemberg am 17.10.2020

Der Deutsche Journalisten-Verband Baden-Württemberg beobachtet mit großer Sorge die zunehmende Einflussnahme der Feinde der Pressefreiheit auf Politik, Rundfunksender und Verlage. Parallel dazu hinterlässt der Strukturwandel in den Medien eine große Lücke in Bezug auf Medienvielfalt und in der Folge auf die Qualität der Berichterstattung durch Tarifflicht. Daher fordert der DJV Baden-Württemberg:

- Die demokratischen Parteien im Landtag, Ministerien und Behörden des Landes sollen sich ausdrücklich und aktiv zur Meinungs- und Pressefreiheit bekennen und Zensurversuche verhindern. Verantwortliche in Verlagen und Sendern müssen ihren Festen und Freien die entsprechende Rückendeckung geben.
- Der Auskunftsanspruch nach § 4 Landespressegesetz Baden-Württemberg muss uneingeschränkt gewährt werden, weil er dem Schutz der durch das Grundgesetz abgesicherten Pressefreiheit (Art. 5, Abs. 1, Satz 2 GG) dient.
- Tötlichen Angriffen auf Journalist*innen während einer Berichterstattung und anonymen Angriffen über soziale Medien muss durch die Polizei und andere Sicherheitskräfte zum Schutz der Pressefreiheit konsequent entgegen getreten werden.
- Die Landesregierung soll sich gemäß eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts für eine Entkoppelung von medienpolitischen Zielen und der Höhe des Rundfunkbeitrags einsetzen.
- Die Gesetzgeberin soll auf die Arbeitgeber einwirken, damit endlich eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung nach § 5 Tarifvertragsgesetz unterzeichnet wird. Damit würden die Rechtsnormen eines Tarifvertrags auch für nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten. Zudem soll sich die Landesregierung für die Wiedereinsetzung der Vergütungsregeln für Freie einsetzen, damit diese wieder Richtschnur werden und die aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten widerspiegeln. Eine verbindliche Schlichtung soll gesetzlich eingeführt werden.
- Die Landesregierung soll sich endlich für ein Verbandsklagerecht einsetzen, damit das Risiko einer Klage nicht wie derzeit beim jeweils Klagenden liegt, der damit allein die wirtschaftlichen Folgen zu tragen hat.
- Die Landesregierung soll landesweit die Urheberrechte stärken und sich bundes- wie europaweit für eine Stärkung der Urheberrechte stark machen, damit Total-Buy-Out-Verträge samt Übernahme aller Haftungsrisiken ausgeschlossen werden.

Die Bedrohungen der Presse- und Meinungsfreiheit durch Extremisten haben in den letzten Monaten massiv zugenommen. Meinungsfreiheit reklamieren laut diejenigen für sich, die selbst der Meinungsfreiheit und einer unabhängigen journalistischen Berichterstattung Grenzen setzen möchten. Journalistisch arbeitende Kolleg*innen werden bedroht, beschimpft und eingeschüchtert. Die Kontrollwut über das, was journalistisch berichtet werden darf, greift verstärkt auch auf Behörden, Verwaltungen, Unternehmen usw. über.

Die eh zu niedrig angesetzte Erhöhung des Rundfunkbeitrags (0,86 Euro/Monat) gleicht besonders in den östlichen Länderparlamenten einem Hindernislauf. Um die vielen Informations- und Unterhaltungsformate der öffentlich-rechtlichen Sender nicht auszutrocknen, müssen die Landesregierung und die demokratischen Parteien in Baden-Württemberg sich stärker für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einsetzen und konsequent fordern, deren wirtschaftliche Ausstattung nicht von opportuner journalistischer Berichterstattung abhängig zu machen. Alles andere käme einer Zensur gleich.

Verstärkt durch die Corona-Krise, greifen in den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen Tariffucht und asoziale Honorarbedingungen für Freie um sich. Auf politischer Bundes- wie Landesebene sind die teils prekären Verhältnisse für Journalist*innen bekannt, werden die vom DJV-Landesverband angeprangerten Zustände von keiner Partei aufgegriffen. Stattdessen gibt die Politik den Verlagen als mächtige Lobbygruppe nach, statt nach § 5 Tarifvertragsgesetz eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung durchzusetzen, um damit auch die Landesverbände des BDZV in die Schranken zu weisen, die tariffüchtigen Verlagen weiterhin eine Vollmitgliedschaft ermöglichen. Die politisch postulierte Stärkung der Tarifbindung ist zur Makulatur geworden. Gleiches gilt für die Forderung, ein Verbandsklagerecht einzusetzen.

Als sittenwidrig müssten zudem Vertragsklauseln für Freie eingestuft werden, in denen Freie sämtliche Haftungsrisiken für eine – auch internationale – Berichterstattung übernehmen müssen, obwohl sie gar nicht abschätzen können, welche rechtlichen Voraussetzungen in verschiedenen Ländern gelten. Für ein geringes Honorar werden so journalistische Beiträge international reproduziert, keine Mehrverwertungshonorare bezahlt. Dies widerspricht dem postulierten Schutz der Urheberrechte.

18. Gewerkschaftstag des Deutschen Journalisten-Verband Baden-Württemberg e.V. –
Karlsruhe 2020